

Das österreichische Bankenpaket – Wer trägt die Lasten?

Bruno Rossmann

Das rasche Reagieren auf die Finanzkrise mit Bankenpaketen war zweifellos ein notwendiger Schritt zur Stabilisierung des Finanzsystems. Hinreichend ist er nicht, weil eine schärfere Regulierung und Überwachung des Finanzsystems noch ausstehen. Zu wenig wird die rasante Zunahme der Einkommens- und Vermögensungleichheit in den Industrie- und Schwellenländern beachtet. Sie wird zunehmend als eine der zentralen Ursachen der Finanzkrise angesehen. Das dadurch verursachte Überangebot an Finanzmitteln perpetuiert bei Fortbestand der Ungleichheiten einen Wettlauf um höhere Renditen, sodass der Druck zur „Erfindung“ stets neuer hochriskanter Anlageformen hoch bleibt. Damit wird weiterhin grünes Licht für „Moral Hazard“ gegeben.

Die Bankenpakete lösen diverse Zielkonflikte aus, die durch entsprechende Auflagen und Bedingungen in Österreich nicht ausreichend reduziert wurden. Besonders hervorzuheben ist der Zielkonflikt zwischen den betriebs- sowie volkswirtschaftlichen und den fiskalischen Zielen. Im Vergleich zu anderen Ländern sind die Preise für die Inanspruchnahme von Maßnahmen des Bankenpakets deutlich niedriger, wodurch die SteuerzahlerInnen belastet und gleichzeitig die AktionärInnen begünstigt werden. Das ist verteilungspolitisch problematisch. Zusätzlich löst die zu geringe Beteiligung der AktionärInnen und des Managements an der Finanzierung der Verluste aus der Perspektive der langfristigen Stabilität des Finanzsystems völlig falsche Anreize aus. Die geringe Beteiligung des Managements ist auf das Fehlen klarer Regelungen der Managementvergütung zurückzuführen. Bislang vernachlässigt wurden jene VerliererInnen der Finanzkrise, die als Folge dramatischer Kursrückgänge an den Börsen Einbußen bei der privaten und betrieblichen Pensionsvorsorge in Kauf nehmen mussten.

Bei der künftigen Budgetkonsolidierung wird darauf zu achten sein, eine Doppelbelastung der unteren EinkommensbezieherInnen zu vermeiden. Da diese durch Ausgabenkürzungen vorrangig belastet werden, sind Steuererhöhungen vermögensbezogener Abgaben unvermeidlich.